



Pressemitteilung zum Treffen in Berlin am 22.01.2009

Keine weitere Annäherung beim Treffen von SPD-Bundestagsabgeordneten mit Bürgerinitiativen

Am Donnerstag, 22.01.09, fand im Paul-Löbe-Haus in Berlin auf Einladung der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten (Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion) ein Treffen statt mit Vertretern von Bürgerinitiativen, die von den Trassen Wahlen – Mecklar und Ganderkesee – St. Hülfe betroffen sind. Neben diesen Gruppen waren auch zwei Experten des Bundesumweltministeriums und die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, Frau Edelgard Bulmahn, sowie zwei Landtagsabgeordnete und ein Bürgermeister, die von der Trassenführung betroffen sind, anwesend.

Es ging, wie schon bei vielen vorausgegangenen Gesprächsterminen, um Änderungen am Gesetzentwurf des EnLAG (Gesetz zum beschleunigten Ausbau der Höchstspannungsnetze). Aber auch bei diesem Treffen konnten sich die Beteiligten nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Die von den Vertretern der Bürgerinitiativen geforderte Eindeutigkeit im Gesetz, die nach Ansicht der Bürgerinitiativen durch die Änderung von „Kann“- in „Muss“- Vorschriften erreicht werden könnte, ist nach Einschätzung der SPD-Parlamentarier derzeit bei ihrem Koalitionspartner nicht durchsetzbar.

Jedoch sind Politiker und die anwesenden Vertreter des Umweltministeriums optimistisch, dass auch der vorliegende Gesetzentwurf, insbesondere bei den Pilotprojektstrecken, zu einem hohen Anteil von Erdverkabelung führen wird. Schon allein deswegen, weil die Zeit drängt: Verpflichtung zur Einleitung erneuerbarer Energien „offshore“ (Windparks vor der Küste) sowie die Gewinnerwartung aus den geplanten Kohlekraftwerken „onshore“ (auf dem Festland an der Küste) einerseits und die starken Bürgerproteste gegen die Freileitungen andererseits zwingen die Netzbetreiber zur Handlung. Dieser Optimismus wird von den beteiligten Bürgerinitiativen jedoch nicht geteilt. Die bisherigen Erfahrungen haben ihnen nämlich gezeigt, dass die Netzbetreiber jede Gesetzeslücke bzw. unklare Formulierungen, zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil auslegen.

In der noch bleibenden Zeit bis zur Verabschiedung des EnLAG werden die Bürgerinitiativen, so wie sie es auch bisher gehalten haben, nichts unversucht lassen, um auch mit den Abgeordneten anderer Parteien, insbesondere mit der CDU/CSU, ins Gespräch zu kommen und dort für ihre Position zu werben.